



11.09.2013 11:04:01 SDA 0055bsd
Schweiz / Bern (sda)
Politik, Parlament, Unterhaus, Verteidigung

Nationalrat gegen neue Flugzeug-Evaluation

Rückweisungsanträge abgelehnt

In der Diskussion über den Kauf neuer Kampfflugzeuge will der Nationalrat nicht von vorne beginnen: Der Bundesrat soll keine Alternativangebote zum schwedischen Gripen mehr prüfen. Damit zeichnet sich ein Ja zum Gripen ab.

Mit 116 zu 72 Stimmen bei 6 Enthaltungen hat der Rat es am Mittwoch abgelehnt, das Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen und diesen zu beauftragen, andere Angebote zu prüfen. Abgelehnt hat er auch einen Rückweisungsantrag, der mit dem Auftrag verbunden gewesen wäre, vor dem Flugzeugkauf ein Gesamtkonzept für die Luftwaffe zu erarbeiten.

Nein sagte der Nationalrat schliesslich zu einem Antrag, gar nicht erst auf das Geschäft einzutreten. Damit kann er nun das Geschäft beraten und über den Kauf von 22 Gripen-Kampfflugzeugen des schwedischen Herstellers Saab für 3,1 Milliarden Franken abstimmen.

Ungenügend für Luftpolizeidienst

Für die Prüfung anderer Angebote - jener von EADS und Dassault - machte sich der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller stark. Er sei kein Armee-Gegner, versicherte er. Es sei eine "ungeheuerliche Unterstellung" zu behaupten, wer gegen den Gripen sei, sei gegen die Armee. Der Gripen aber überzeuge ihn nicht.

Müller erinnerte an die Mängel, welche die Sicherheitspolitische Kommission festgestellt hatte. An den technischen Risiken habe sich nichts geändert. "Wir können doch nicht einen neuen Kampfjet kaufen, der genau in unserem Kernbereich des Luftpolizeidienstes nicht genügt", sagte Müller. Die anderen Angebote müssten geprüft werden. Die Schweiz könnte damit erst noch Geld sparen.

Ersatz der alten Tiger nötig

Die Mehrheit des Rates war aber anderer Meinung. Im Namen der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) sprach sich der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter für den Gripen aus. Die Mehrheit der Kommission sei überzeugt, dass die veralteten Tiger ersetzt werden müssten, sagte er. Kein souveränes neutrales Land verzichte auf eine Luftwaffe.

Der Kaufvertrag habe dank dem Druck der Kommission verbessert werden können, betonte Hurter. Die Kommission lehne daher auch eine neue Evaluation ab. Bei den Angeboten anderer Anbieter, die in jüngster Zeit noch eingegangen seien, handle es sich nicht um eigentliche Offerten.

Bürgerliche als Wasserträger der Linken?

Hans Fehr (SVP/ZH) appellierte als SVP-Sprecher an die Vertreter der anderen bürgerlichen Parteien, dem Gripen zuzustimmen. Er sprach von der "Stunde der Glaubwürdigkeit" für die Bürgerlichen. Diese müssten nun Farbe bekennen, ob sie für die Sicherheit einstünden oder Wasserträger für die Linke seien, die keine Flugzeuge wolle und keine Armee. Der Gripen sei massgeschneidert für die Schweiz. Er erfülle die Anforderungen und sei auch noch bezahlbar.



Die Sprecherinnen der FDP-, der CVP- und der BDP-Fraktionen versicherten, dass diese hinter dem Gripen stünden. "Mit dem Gripen kaufen wir das Optimale", sagte Corina Eichenberger (FDP/AG). Es brauche keinen Ferrari. Die Risiken seien nun überschaubar. Mit einer Rückweisung ginge wertvolle Zeit verloren, und die Schweiz würde ihren guten Ruf verlieren.

Gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis

Ursula Haller (BDP/BE) wies darauf hin, dass der Gripen laut dem Bundesrat das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis biete. Die BDP wolle dem Glauben schenken. Ausserdem dürften die Regeln nicht während des Spiels geändert werden. Es sei nachgefragt und hinterfragt worden. Nun müsse das Parlament entscheiden - um es mit Goethe zu sagen: "Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen."

Ida Glanzmann (CVP/LU) stellte fest, es sei noch nicht sicher, ob sich in diesem Fall das Sprichwort "was lange währt, wird endlich gut" bewahrheite. Nach vielen Rückfragen in der Kommission und intensiven Diskussionen stelle sich die CVP-Fraktion aber mehrheitlich hinter den Gripen-Kauf.

Papierflugzeug mit Mängeln

Gar nicht erst auf die Vorlage eintreten wollten dagegen SP, Grüne und Grünliberale. Der Kauf neuer Kampffjets sei reine Geldverschwendung, sagte Evi Allemann (SP/BE). Das Geld fehle dann später anderswo. Mit dem Gripen solle ein überbordendes Armeebudget gerechtfertigt werden.

Die meisten Risiken seien jedoch nicht militärischer Natur. Die Schweiz sei von Freunden umzingelt. Ein Luftkrieg sei dermassen unwahrscheinlich, dass es sich nicht lohne, für Flugzeuge so viel Geld auszugeben. Die Luftwaffe könne ihre Aufgaben mit den F/A-18 erledigen. Der Gripen habe schlecht abgeschnitten und sei ausserdem nicht fertig entwickelt. "Der Gripen ist ein Papierflugzeug."

Nicht frühere Fehler wiederholen

Balthasar Glättli (Grüne/ZH) erinnerte an die Mirage-Affäre. Daraus müsse die Lehre gezogen werden, nie mehr einen Flieger zu kaufen, der noch nicht fertig sei. Die Schweiz brauche eine Luftpolizei, doch sie habe die dafür nötigen Flugzeuge. Im Übrigen sei der Krieg, den es zu führen gelte, jener gegen die Erdölabhängigkeit.

Die Grünliberalen seien nicht gegen die Armee, betonte Beat Flach (GLP/AG). Doch die bestehende F/A-18-Flotte sei für den Luftpolizeidienst ausreichend. Ausserdem seien Cyberwar und Terrorismus die Konflikte, die bevorstünden. Anzustreben sei eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Die Risiken beim Gripen seien gross. Da keine Not bestehe, könne gut ein Marschhalt eingelegt werden.

Verteidigungsminister Ueli Maurer hob zum Schluss der Eintretensdebatte hervor, dass die Luftwaffe ein wichtiger Bestandteil der Armee sei. Mit Verweis auf den Jahrestag der Anschläge vom 11. September gab er zu bedenken, dass auch Unvorhergesehenes passieren könne. Der geplante Gripen-Kauf sei eine insgesamt bescheidene Lösung.